



Berichterstattung Parlamentarische Vorstösse, Planungserklärungen und Auflagen 2024

Bildungs- und Kulturdirektion BKD

Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat zum Stand der Umsetzung überwiesener Motionen und Postulate, Planungserklärungen sowie Auflagen

Datum RR-Sitzung:	8. Januar 2025
Geschäftsnummer:	2023.STA.1539
Direktion:	Staatskanzlei
Klassifizierung:	Nicht klassifiziert

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	3
2.	Motionen und Postulate mit Antrag auf Abschreibung	3
3.	Motionen und Postulate mit Antrag auf Fristverlängerung	5
4.	Stand der Bearbeitung überwiesener Motionen und Postulate ohne Anträge	5
5.	Planungserklärungen	7
6.	Auflagen Kreditgeschäfte	8

1. Einleitung

Mit dem vorliegenden Dokument erstattet der Regierungsrat dem Grossen Rat Bericht zu parlamentarischen Vorstössen gemäss Art. 70 des Gesetzes über den Grossen Rat (Grossratsgesetz, GRG; BSG 151.21). Der Bearbeitungsstand sämtlicher überwiesener Motionen und Postulate per Stichtag 31. Dezember 2024 wird aufgezeigt. Gleichzeitig beantragt der Regierungsrat allfällige Fristverlängerungen und Abschreibungen zu parlamentarischen Vorstössen dem Parlament zur Beschlussfassung (Art. 70 Abs. 1 und Abs. 3 GRG). Weiter erstattet der Regierungsrat Bericht zum Stand der Umsetzung von Planungserklärungen (Art. 53 GRG) sowie zu den Auflagen bei Kreditgeschäften.

2. Motionen und Postulate mit Antrag auf Abschreibung

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, zu welchen ein Antrag auf Abschreibung gestellt wird. Vor dem Hintergrund des Bearbeitungsstands wird der Antrag auf Abschreibung begründet

BILDUNGS- UND KULTURDIREKTION (BKD)				
Vorstoss-Nr. Typ	Urheber (Ort / Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Abschreibung
257-2018 M	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP) vom 19.11.2018 Für nachhaltigere, günstigere und ökologischere Lehrmittel an der Volksschule	11.09.2019 Punktweise beschlossen: Ziffer 1: Annahme Ziffer 2: Annahme Ziffer 4: Annahme	31.12.2023	Über die Umsetzung der Anliegen gemäss den Ziffern 1 und 2 wurde in der Berichterstattung Parlamentarische Vorstösse und Planungserklärungen 2020 informiert. Zum Anliegen gemäss der Ziffer 4: Der Regierungsrat hat umfangreiche Abklärungen zum Verkauf der Beteiligung des Kantons Bern an der Schulverlag plus AG gemacht und gestützt auf das im Aktionärsbindungsvertrag festgelegte Verfahren mit dem Miteigentümer Kanton Aargau verhandelt. Die Verkaufsbemühungen gestalteten sich anspruchsvoll. Nachdem kein Deutschschweizer Kanton Interesse an der Übernahme des Berner Anteils an der Schulverlag plus AG zu einem Preis in der Grössenordnung des ermittelten Werts gezeigt hat und auch die in Frage kommenden privaten Verlage abgesagt haben, ermächtigte der Regierungsrat die Bildungs- und Kulturdirektion, den Verkaufsprozess zu beenden (vgl. Art. 3 Abs. 2 des Gesetzes über die Aktiengesellschaft Berner Lehrmittel- und Medienverlag).
158-2020 M	Gerber (Reconvilier, EVP) vom 04.06.2020 Deutschschweizer Basisschrift auch im französischsprachigen Kantonsteil einführen!	18.03.2021 Annahme als Postulat	31.12.2025	Das Anliegen wurde in der Commission pédagogique der Conférence intercantonale de l'instruction publique de la Suisse romande et du Tessin (CIIP) diskutiert. Die Deutschschweizer Basisschrift als Norm in den Westschweizer Lehrplan aufzunehmen, wurde abgelehnt. Die Schulen sollen weiterhin die Wahl haben, zwischen verschiedenen Schriften zu wählen, und so eine individuelle und flüssige Schriftentwicklung zu ermöglichen.
214-2020 M	Seiler (Trubschachen, Grüne) vom 31.08.2020 Abfall und Neophyten durch Schulklassen sammeln und entsorgen	10.06.2021 Punktweise beschlossen: Ziffer 3: Annahme	31.12.2025	Im «Masterplan invasive gebietsfremde Arten» war eine Koordinationsstelle vorgesehen, welche Einsätze von Schulklassen hätte koordinieren, anleiten und entschädigen können. Der Grosse Rat hat in der Wintersession entschieden, auf die Schaffung dieser Stelle zu verzichten. Damit kann die Motion 214-2020 nicht wie geplant umgesetzt werden.
275-2020 M	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP) vom 22.11.2020 Das Unterrichten der französischen Sprache auf Fakten abstützen	10.06.2021 Annahme	31.12.2025	Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) hat beschlossen, dass die Erhebungen im Dienste des Monitorings der obligatorischen Schule unter der Bezeichnung «Monitoring der Grundkompetenzen» dauerhaft, in fester Kadenz und stärker aufeinander abgestimmt, stattfinden sollen. Zudem werden zu jedem Testzeitpunkt künftig die drei Fachbereiche Schulsprache, Mathematik und Fremdsprachen getestet. Der Schwerpunkt der Tests liegt neu auch nicht mehr allein auf den Grundkompetenzen. Die Schwierigkeit der Aufgaben soll stärker variieren, damit mehr Informationen über das vorhandene Leistungsspektrum generiert werden, was die Möglichkeiten der Datennutzung beträchtlich erhöht. Im Jahr 2028 nimmt erstmals ein 8. Schuljahr an einer Erhebung im Rahmen des neuen Programms teil. Drei Jahre später wird derselbe Jahrgang im 11. Schuljahr getestet. Im folgenden Jahr, also mit einem Abstand von vier Jahren zur ersten Erhebung, nimmt dann ein neuer Jahrgang im 8. Schuljahr am «Monitoring der Grundkompetenzen» teil.
049-2022 M	Wildhaber (Rubigen, SP) vom 08.03.2022 Potenzial ausschöpfen: Unterstützung von Berufsleuten zur Ausbildung als Lehrperson	07.09.2022 Punktweise beschlossen: Ziffer 2: Annahme als Postulat Ziffer 3: Annahme als Postulat Ziffer 4: Annahme als Postulat	31.12.2024	Es wurde die Möglichkeit eines bezahlten Bildungsurlaubes (Teilurlaub) für Berufsleute geschaffen, die sich berufsbegeleitend zu Lehrpersonen weiterqualifizieren.

169-2022 M	Widmer (Bern, Grüne) vom 05.09.2022 Lehrpersonen und Kinder schützen und gleichzeitig das Lernklima verbessern: Kanton und Gemeinden gemeinsam für Luftfilter- und Luftreinigungsanlagen in schulisch und pädagogisch genutzten Räumen	29.11.2022 Punktweise beschlossen Ziffer 1: Annahme als Postulat	31.12.2024	Zusammen mit dem Verband Bernischer Gemeinden wurde die Situation in den Schulen analysiert und Verbesserungsmöglichkeiten geprüft, insbesondere bei Renovationen und Neubauten. Die Möglichkeiten wurden den Gemeinden im Newsletter des Amtes für Kindergarten, Volksschule und Beratung vom November 2024 vorgestellt.
170-2022 M	Schönenberger (Schwarzenburg, SP) vom 05.09.2022 Luftqualität in Schulräumen effektiv verbessern	29.11.2022 Annahme als Postulat	31.12.2024	Zusammen mit dem Verband Bernischer Gemeinden wurde die Situation in den Schulen analysiert und Verbesserungsmöglichkeiten geprüft, insbesondere bei Renovationen und Neubauten. Die Möglichkeiten wurden den Gemeinden im Newsletter des Amtes für Kindergarten, Volksschule und Beratung vom November 2024 vorgestellt.
206-2022 M	Walpoth (Bern, SP) vom 14.09.2022 Reanimationsunterricht in den Schulen im Kanton Bern	08.03.2023 Punktweise beschlossen Ziffer 1: Annahme als Postulat	31.12.2025	Im Volksschulbereich wurde zusammen mit dem Verband Bernischer Gemeinden eine Empfehlung für die Gemeinden erarbeitet (Einbezug örtlicher Samaritervereine). Die Empfehlung wurde den Gemeinden im Newsletter des Amtes für Kindergarten, Volksschule und Beratung vom November 2024 vorgestellt. Auf Sekundarstufe 2 wurde die Thematik im Rahmen der laufenden Reporting-Controlling-Gespräche mit den Mittelschulen angegangen.
232-2022 M	Pichard (Biel/Bienne, GLP) vom 28.11.2022 Stufenabzug für Gymnasiallehrer, die an der Sek. I arbeiten, abschaffen	08.03.2023 Punktweise beschlossen Ziffer 2: Annahme als Postulat	31.12.2025	Das Anliegen wurde im Rahmen der Weiterentwicklung der strategischen Handlungsfelder Lehrkräfte und Schulleitungen und im Zusammenhang mit Änderungen am Gehaltssystem geprüft. Grundsätzlich soll an den Vorstufenabzügen, d.h. an einer um ca. vier Jahre verzögerten Lohnentwicklung, als Anreiz zur Nachqualifikation festgehalten werden. Verbesserungen werden bei der Niederschwelligkeit und der kantonalen Mitfinanzierung der Nachqualifikationen laufend geprüft und allenfalls umgesetzt.
264-2022 M	Gasser (Ostermundigen, GLP) vom 05.12.2022 Schulsozialarbeit im Kanton Bern stärken und die Möglichkeiten des Volksschulgesetzes zur Entlastung der Kinder- und Jugendpsychiatrie besser nutzen!	14.06.2023 Punktweise beschlossen Ziffer 1: Annahme Ziffer 2: Annahme als Postulat	31.12.2025	Zum Anliegen gemäss Ziffer 1: Das Thema Schulsozialarbeit und die good practice des Zugangs zur Schulsozialarbeit ist im Rahmen des pädagogischen Dialogs (filmische Vermittlung) fest eingeplant. Zum Anliegen gemäss Ziffer 2: Aus finanzpolitischen Gründen ist eine Erhöhung des Kantonsbeitrages zurzeit nicht realisierbar. Eine Erhöhung der Kantonsbeiträge würde zudem lediglich zu einer Verschiebung der Finanzierung der Schulsozialarbeit von den Gemeinden zum Kanton führen, nicht aber zu einer Stärkung des Angebots.
018-2023 M	Matti (Zweisimmen, Die Mitte) vom 06.03.2023 Sofortmassnahmen zur Krisenbewältigung des Lehrpersonenmangels per Schulbeginn 2023/2024	14.06.2023 Punktweise beschlossen Ziffer 1: Annahme Ziffer 3: Annahme	31.12.2025	Die Möglichkeiten der Umsetzung der Anliegen werden laufend zusammen mit den Gemeinden und den Berufs- und Personalverbänden geprüft und Massnahmen soweit möglich umgesetzt. So hat die PHBern Unterstützungsangebote im Bereich angepasste Unterrichtsorganisationsmodelle aufgebaut und begleitet die Gemeinden zusammen mit der Schulaufsicht bei der Planung und Umsetzung. Zudem ist eine Erhöhung der Schulleitungsressourcen vorgesehen.
019-2023 M	Günthör (Erlach, SVP) vom 06.03.2023 Berechnung des Sozialindex DaZ	06.12.2023 Annahme	31.12.2025	Die Mittel in sprachlichen Grenzregionen werden auf Gesuch der betroffenen Gemeinden hin bedarfsgerecht erhöht. Mit diesen Mitteln werden die Kinder und Jugendlichen beim Erlernen der Unterrichtssprache gezielt unterstützt.
080-2023 M	Fisli (Meikirch, SP) vom 15.03.2023 Sockelanstellung für Schulleitungen	13.09.2023 Annahme	31.12.2025	Die nötigen Änderungen der Verordnung über die Anstellung der Lehrkräfte wurden Ende 2024 verabschiedet. Die Schulleitungsressourcen werden erhöht und eine für alle Schulorganisationseinheiten gleich hohe Sockelanstellung vorgesehen.
129-2023 M	Schüpbach (Huttwil, SVP) vom 07.06.2023 Kostendeckende Abgeltung der Sachkosten von Schulkindern aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich	13.03.2024 Annahme	31.12.2026	Die Umsetzung ist mit der Erhöhung der Pauschale der Betriebs- und Infrastrukturkosten von CHF 2'000 auf CHF 3'000 ab Schuljahr 2024/2025 umgesetzt worden.
141-2023 M	Steiner (Boll, EVP) vom 14.06.2023 Schulen, Schulleitungen und Lehrpersonen stärken im Umgang mit der künstlichen Intelligenz	13.03.2024 Annahme	31.12.2026	Eine Orientierung für Lehrpersonen der Sekundarstufe I im Kanton Bern wurde durch BeLEARN erstellt und aufgeschaltet. Die Schulen wurden mit dem Newsletter des Amtes für Kindergarten, Volksschule und Beratung vom Oktober 2024 informiert.
009-2024 M	Günthör (Erlach, SVP) vom 04.03.2024 Für eine Politik der Nulltoleranz im Umgang mit Gewalt an Bildungseinrichtungen: Stärkung des Schutzmechanismus für Lehrkräfte, Schulleitungen und Kindergartenlehrpersonen	11.06.2024 Punktweise beschlossen Ziffer 3: Annahme	31.12.2026	Die Bildungs- und Kulturdirektion startete 2024 in Zusammenarbeit mit der KAPO Bern eine Kampagne gegen Hate Crime/Speech. Diese wird von einem Angebot für Schulen begleitet und wurde durch eine Medienkonferenz der Bevölkerung und den Schulen bekannt gemacht.
022-2024 M	Berger-Sturm (Grosshöchstetten, SP) vom 04.03.2024 Chance auf Berufsbildung für alle Jugendlichen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus	11.06.2024 Annahme als Postulat	31.12.2026	Der Spielraum, den das übergeordnete Recht lässt, wird vollständig ausgeschöpft. Weitergehende Möglichkeiten bestehen für den Kanton nicht.
047-2024 M	de Quervain (Bern, GRÜNE) vom 07.03.2024 Für eine gesicherte Teilnahme der Schweiz bei Erasmus+	10.09.2024 Annahme	31.12.2026	Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) hat sich die dem Anliegen der Motion entsprechende Position zu Eigen gemacht und sie vertritt diese gegenüber dem Bundesrat in der Europakommission, der politischen Ebene der Begleitorganisation der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) zu den Bilateralen Abkommen mit der EU.

3. Motionen und Postulate mit Antrag auf Fristverlängerung

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, deren Bearbeitungsfrist abläuft oder abgelaufen ist (vgl. Spalte «Frist Vollzug») und zu welchen ein Antrag auf Fristverlängerung gestellt wird. Vor dem Hintergrund des Bearbeitungsstands wird der Antrag auf Fristverlängerung begründet (F1: Antrag auf Fristverlängerung um 1 Jahr / F2: Antrag auf Fristverlängerung um 2 Jahre).

BILDUNGS- UND KULTURDIREKTION (BKD)					
Vorstoss-Nr. Typ	Urheber (Ort / Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Fristverlängerung	Antrag F1 / F2
074-2022 M	Gimmel (Thun, SVP) vom 16.03.2022 MEM-Bildungszentrum 4.0 in Thun	29.11.2022 Annahme als Postulat	31.12.2024	Die Berufsreform FUTUREMEM wurde von den Verbänden um ein Jahr verschoben, von 2025 auf 2026. Geplant ist der Start der Ausbildung gemäss den neuen Bildungsverordnungen auf Sommer 2026. Die Reform ist grundsätzlicher Natur und beinhaltet neue Lernfelder und Wahloptionen. Die Auswirkungen auf die Entwicklung der Lehrverträge und damit der Berufsschulorganisation dieser Berufe sind zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht konkret abschätzbar, weshalb die Umsetzung erst in Angriff genommen werden soll, sobald wichtige Eckpunkte geklärt sind. Die Bildungs- und Kulturdirektion ist derzeit daran, mit den relevanten Partnern die Umsetzung dieser Reform zu planen.	F2
166-2022 M	FDP (Kohler, Spiegel) vom 05.09.2022 Stopp dem Lehrermangel! – Die Arbeitsbedingungen müssen mit griffigen Massnahmen und einem Umdenken der pädagogischen Konzepte rasch verbessert werden	29.11.2022 Annahme	31.12.2024	Über die Umsetzung der Anliegen gemäss den Ziffern 1 bis 3 wurde in der Berichterstattung Parlamentarische Vorstösse, Planungserklärungen und Auflagen 2023 informiert. Zum Anliegen gemäss der Ziffer 4: Der Regierungsrat hat auf den 1. August 2024 die Abgeltung für die Klassenlehrkräfte erhöht (Änderung vom 22. Dezember 2023 der Verordnung über die Anstellung der Lehrkräfte). Die Art und Weise der Abgeltung schafft einen finanziellen Anreiz, das bisherige Unterrichtspensum beizubehalten und somit den Beschäftigungsgrad zu erhöhen. Zusätzlich wurden als Anreiz zur Beschäftigungsgraderhöhung Hilfestellungen betreffend Kinderbetreuung an Schulen für Lehrkräfte und für die Pensen-/Stundenplangestaltung entwickelt und den Schulen zur Verfügung gestellt. Zum Anliegen gemäss der Ziffer 5: Die Evaluation der bernischen Umsetzung der Sonderschulbildung als Teil der Volksschulbildung wird im Rahmen des Projekts Evaluation Bildungsstrategie 2016 an die Hand genommen.	F2

4. Stand der Bearbeitung überwiesener Motionen und Postulate ohne Anträge

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, zu welchen kein Antrag gestellt wird. Es wird über den Bearbeitungsstand informiert.

BILDUNGS- UND KULTURDIREKTION (BKD)					
Vorstoss-Nr. Typ	Urheber (Ort / Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Abschreibung	
106-2019 M	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP) vom 20.03.2019 Kein Demozwang an Volksschulen – politische Neutralität der Schule wieder durchsetzen!	28.11.2019 Annahme	31.12.2023	Eine entsprechende Information an die Gemeinden ist vorbereitet. Sie soll aber zu einem Zeitpunkt erfolgen, an welchem die Information die gewünschte Aufmerksamkeit erreicht.	
210-2020 M	Bachmann (Nidau, SP) vom 31.08.2020 Revision des Volksschulgesetzes	18.03.2021 Annahme als Postulat	31.12.2025	Die Umsetzung des Anliegens wird bei der nächsten Revision des Volksschulgesetzes geprüft werden. Eine solche ist aktuell noch nicht geplant.	
165-2022 M	FDP (Arn, Muri b. Bern) vom 05.09.2022 Durchlässigkeit im VSG anpassen	14.06.2023 Annahme als Postulat	31.12.2025	Die Möglichkeiten der Umsetzung des Anliegens werden bei der nächsten Revision des Volksschulgesetzes geprüft werden.	
190-2022 P	Die-Mitte (Bichsel, Merligen) vom 12.09.2022 Kontinuität und Planbarkeit im Lehrerberuf verbessern	08.03.2023 Punktwise beschlossen Ziffer 3: Annahme Ziffer 4: Annahme	31.12.2025	Die Arbeiten zur Prüfung des Anliegens wurden 2023 aufgenommen. Wirkungsvolle Verbesserungen, wie z.B. die Mitfinanzierung der Schulsekretariate durch den Kanton, bedingen Änderungen auf Gesetzesebene.	

266-2022 P	Widmer (Bern, Grüne) vom 05.12.2022 Gemeinsame Basis für Infrastruktur und Ausrichtung der Schulinformatik im Kanton Bern	15.06.2023 Punktweise beschlos- sen Ziffer 1: Annahme	31.12.2025	Die Möglichkeiten der Umsetzung des Anliegens werden geprüft.
303-2022 M	Pichard (Biel/Bienne, GLP) vom 08.12.2022 Bildungsstrategie für erste andere Landessprache evi- denzbasiert überprüfen und neu formulieren	12.03.2024 Punktweise beschlos- sen Ziffer 2: Annahme Ziffer 3: Annahme	31.12.2026	In Bearbeitung.
082-2023 M	Stucki (Stettlen, GLP) vom 15.03.2023 Prävention von sexueller Ausbeutung und Diskriminie- rung dank Aufklärung	13.03.2024 Punktweise beschlos- sen Ziffer 2: Annahme Ziffer 3: Annahme als Postulat	31.12.2026	Zum Anliegen gemäss Ziffer 2: Die Veröffentlichung des Rahmenkonzeptes zum sexualkundlichen Unterricht ist für Mitte 2025 vorgesehen. Zum Anliegen gemäss Ziffer 3: Die Finanzierung der Gruppengespräche und der Ausbau weiterer Angebote der Berner Gesundheit oder anderer Anbieter werden geprüft.
104-2023 M	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP) vom 02.06.2023 Sprachtausch zwischen deutsch- und französisch- sprachigen Schulen stärken	13.03.2024 Annahme	31.12.2026	In Bearbeitung.
190-2023 M	Ritter (Burgdorf, GLP) vom 04.09.2023 Anrechenbarkeit der Berufserfahrung von Lehrperso- nen verbessern	06.12.2023 Annahme	31.12.2025	In Bearbeitung.
196-2023 P	Widmer (Bern, GRÜNE) vom 05.09.2023 Unterricht und Hitzetage: Der Kanton muss und soll Verantwortung übernehmen und (s)eine Strategie auf- zeigen	11.06.2024 Annahme	31.12.2026	Im Juni 2024 wurde der «Hitzeaktionsplan Kanton Bern» veröffentlicht. Darin enthalten sind Massnahmen für die Risiko- kommunikation und die Ereignisbewältigung. Die Bildungs- und Kulturdirektion wird den Gemeinden im Frühjahr 2025 diesen Aktionsplan zustellen mit der Empfehlung, die in ihren Schulen möglichen Massnahmen umzusetzen. Gleichzei- tig wird auf das Merkblatt «Hitzewelle» aufmerksam gemacht werden, welches die wichtigsten Verhaltensregeln zusam- menfasst, mögliche Zeichen von Hitzestress aufzeigt und auf weiterführende Informationen verweist.
237-2023 P	Widmer (Bern, GRÜNE) vom 27.11.2023 Klassenhilfen Sicherheit und Stabilität bieten: Krankheit und Unfall absichern	12.03.2024 Annahme	31.12.2026	Auf Beginn 2025 ist eine Bestandesaufnahme der aktuellen Umsetzung des Klassenhilfen-Einsatzes an den Schulen vorgesehen. Die Resultate werden als Grundlage dienen, einen allfälligen Handlungsbedarf zu bestimmen und Anpas- sungen einzuleiten.
243-2023 M	Reinhard (Thun, FDP) vom 29.11.2023 Befremdlichen Haltungen in Kultur- und Bildungsein- richtungen entgegenwirken	11.06.2024 Annahme	31.12.2026	Die Möglichkeiten der Umsetzung der Anliegen werden zurzeit geprüft.
244-2023 M	Schild (Bern, GLP) vom 30.11.2023 Berufliches Fortkommen auch im fortgeschrittenen Alter ermöglichen	11.06.2024 Punktweise beschlos- sen Ziffer 1: Annahme Ziffer 3: Annahme als Postulat	31.12.2026	Die entsprechende Änderung des Gesetzes über die Ausbildungsbeiträge wird erarbeitet.
253-2023 M	Ritter (Burgdorf, GLP) vom 05.12.2023 Standbericht zu Integration, Inklusion und Heterogenität an der Volksschule des Kantons Bern	11.06.2024 Annahme als Postulat	31.12.2026	Eine Prüfung wird im Rahmen des Projekts Evaluation Bildungsstrategie 2016 an die Hand genommen.
254-2023 M	Said (Biel/Bienne, SP) vom 06.12.2023 Ausbildungsbeiträge für vorläufig Aufgenommene	11.06.2024 Annahme	31.12.2026	Die entsprechende Änderung des Gesetzes über die Ausbildungsbeiträge wird erarbeitet.
257-2023 M	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP) vom 06.12.2023 Finanzierung der Hochschulen auf objektive Kriterien abstützen	11.06.2024 Annahme	31.12.2026	Der gewünschte Bericht des Regierungsrats wird erarbeitet.
052-2024 MP	Pauli (Nidau, FDP) vom 11.03.2024 Politik lernt man in der Schule!	28.11.2024 Annahme	31.12.2026	Die Möglichkeiten der Umsetzung werden geprüft.
107-2024 M	SVP (Müller, Orvin) vom 03.06.2024 Demokratischen Austausch fördern – Ausgrenzung un- terbinden	10.09.2024 Punktweise beschlos- sen Ziffer 1: Annahme Ziffer 3: Annahme	31.12.2026	Eine entsprechende Information an die Gemeinden ist vorbereitet. Sie soll aber zu einem Zeitpunkt erfolgen, an wel- chem die Information die gewünschte Aufmerksamkeit erreicht.

5. Planungserklärungen

In der folgenden Tabelle wird über den Stand der Umsetzung von Planungserklärungen Bericht erstattet (Status: In Bearbeitung / Erledigt).

Bei verschiedenen Planungserklärungen mit demselben Titel (gleiches Geschäft) Spalte (Punkt X) ausfüllen (Titel, Datum leer lassen)

BILDUNGS- UND KULTURDIREKTION (BKD)					
Titel	Datum	Erklärung	Kurzbeschreibung /zusammengefasst) des Gegenstandes	Bearbeitungsstand (zusammengefasst)	Status
Geschäftsbericht 2020 der Pädagogischen Hochschule Bern (PH Bern)	08.09.2021	1	Abbau des negativen Eigenkapitals der PH Bern, um die geplanten Aufwandüberschüsse und das finanzielle Risiko durch das aufgelaufene negative Eigenkapital für den Kanton Bern als Eigner zu reduzieren.	Der Regierungsrat hat im neuen Leistungsauftrag 2022-2025 an die PH Bern den vorgesehenen jährlichen Staatsbeitrag ab 2022 um 2 Mio. CHF erhöht, um besser zu gewährleisten, dass die Hochschule ihre Aufgaben mit ausgeglichenen Jahresergebnissen erfüllen kann. Damit können Aufwandüberschüsse möglichst vermieden und das (negative) Eigenkapital der PH Bern stabilisiert werden. Die gesamte der PH Bern bei der Entlassung in die Eigene Rechnung übertragene negative Eigenkapitalposition dürfte hingegen allein durch diese Massnahme nicht in kurzer Frist abgebaut werden können.	In Bearbeitung.
Jahresbericht 2023 der Interparlamentarischen Kommission der Pädagogischen Hochschule der Kantone Bern, Jura und Neuenburg (HEP-BEJUNE)	02.09.2024	1	Der Kanton Bern setzt sich dafür ein, die Aufnahmebedingungen für Berufsmaturanden, analog den Bestimmungen des Gesetzes über die PH Bern, auch für die HEP-BEJUNE vorzusehen.	Das Anliegen wird im Strategischen Regierungsausschuss der HEP-BEJUNE eingebracht.	In Bearbeitung.
2023.BKD.7477 Geschäftsbericht 2023 der Berner Fachhochschule (BFH)	10.09.2024	1	Die Kantonsbeiträge der Hochschulen sowie die Leistungsaufträge müssen die vom Kanton vorgegebenen Personalmassnahmen angemessen berücksichtigen. In diesem Zusammenhang ist der Leistungsauftrag von den verantwortlichen Parteien so auszugestalten, dass über die betreffende Leistungsperiode kein strukturelles Defizit bei den Grundmitteln entsteht.	Die Anliegen werden im Rahmen des Planungsprozesse für Budget und Aufgaben- und Finanzplan geprüft und soweit möglich umgesetzt.	In Bearbeitung.
2024.BKD.817 Geschäftsbericht 2023 der Pädagogischen Hochschule Bern (PHBern)	10.09.2024	1	Die Kantonsbeiträge der Hochschulen sowie die Leistungsaufträge müssen die vom Kanton vorgegebenen Personalmassnahmen angemessen berücksichtigen. In diesem Zusammenhang ist der Leistungsauftrag von den verantwortlichen Parteien so auszugestalten, dass über die betreffende Leistungsperiode kein strukturelles Defizit bei den Grundmitteln entsteht.	Die Anliegen werden im Rahmen des Planungsprozesse für Budget und Aufgaben- und Finanzplan geprüft und soweit möglich umgesetzt.	In Bearbeitung.
2023.BKD.7761 Geschäftsbericht 2023 der Universität Bern	10.09.2024	1	Die Kantonsbeiträge der Hochschulen sowie die Leistungsaufträge müssen die vom Kanton vorgegebenen Personalmassnahmen angemessen berücksichtigen. In diesem Zusammenhang ist der Leistungsauftrag von den verantwortlichen Parteien so auszugestalten, dass über die betreffende Leistungsperiode kein strukturelles Defizit bei den Grundmitteln entsteht.	Die Anliegen werden im Rahmen des Planungsprozesse für Budget und Aufgaben- und Finanzplan geprüft und soweit möglich umgesetzt.	In Bearbeitung.

6. Auflagen Kreditgeschäfte

In der folgenden Tabelle wird über den Stand der Umsetzung von Auflagen zu Kreditgeschäften Bericht erstattet (Status: In Bearbeitung / Erledigt).

BILDUNGS- UND KULTURDIREKTION (BKD)				
Titel (Geschäft)	Session	Auflage	Bearbeitungsstand (zusammengefasst)	Status
2023.BVD.5327 Zollikofen, Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften (HAFL), Einbau Labore, Verpflichtungskredit für die Projektierung und Ausschreibung	Sommer 2024	Die BKD legt dem Regierungsrat eine vervollständigte Entwicklungsstrategie BFH-HAFL zur Genehmigung vor. Die zuständigen Kommissionen (BiK und BaK) werden über die vervollständigte Entwicklungsstrategie BFH-HAFL informiert.	Die Arbeiten der BFH zur Ergänzung und Aktualisierung der Entwicklungsstrategie BFH-HAFL stehen vor dem Abschluss. Nach deren Prüfung durch den Regierungsrat soll die gewünschte Information erfolgen.	In Bearbeitung
2023.BVD.6133 Burgdorf Jlcoweg 1, Umbau TecLab, Verpflichtungskredit für die Projektierung	Sommer 2024	Die zuständige Direktion wird beauftragt, die Besuchenden-/und Nutzendenzahlen nach Herkunft der Schulklassen in einem Monitoring festzuhalten und falls erforderlich, geeignete Massnahmen zur Steigerung des Zielerreichungsgrades zu ergreifen. Die zuständigen Kommissionen werden gegebenenfalls darüber informiert.	Die Erhebung der Nutzendenzahlen nach Herkunft der Schulklassen wurde in den bestehenden Monitoringprozess der Leistungen des TecLab aufgenommen. Die Zahlen werden nach Ende des Schuljahres 2025/2026 erstmals ausgewertet werden können.	In Bearbeitung
2024.BVD.578 Köniz, Kirchstrasse 62-78, Gymnasium Lebermatt, Sporthallenprovisorium (Nachnutzung Traglufthalle), Verpflichtungskredit für die Ausführung	Sommer 2024	Der Kredit wird mit der Auflage gesprochen, dass die Traglufthalle möglichst auch von Dritten, namentlich von Vereinen, genutzt werden kann.	Sobald klar ist, per wann das Sporthallenprovisorium erstellt werden kann (zurzeit sind Einsprachen gegen die Baubewilligung hängig) wird geklärt werden, inwieweit seitens der Vereine Bedarf besteht, dieses Provisorium zu nutzen und wie eine solche Nutzung (inkl. allfälliger Garderobennutzungen etc.) umgesetzt werden könnte.	In Bearbeitung
		Der Kredit wird mit der Auflage gesprochen, dass der RR der BaK und der BiK bis Ende Jahr aufzeigt, wie und wann das verbleibende Sporthallendefizit bei den Mittelschulen im Raum Bern beseitigt werden soll.	Derzeit werden gemeinsam vom Amt für Grundstücke und Gebäude und dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt Szenarien erarbeitet, wie sowohl der kurzfristige wie auch der langfristige Schulraumbedarf der Berufs- und Mittelschulen abgedeckt werden kann. Dabei steht die Schulraumplanung in engem Zusammenhang mit der Sporthallenplanung, weil sowohl der kurzfristige wie auch der langfristige Schulraumbedarf den obligatorischen Sportunterricht beinhalten. Für die Erarbeitung und Präsentation einer Lösung, die insbesondere auch die langfristigen Bedürfnisse deckt, wird noch ein wenig Zeit benötigt. Über den Stand der Arbeiten zur Schulraum- und Sporthallenplanung werden die Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission sowie die Bildungskommission im ersten Quartal 2025 informiert werden.	In Bearbeitung